

Laibacher Zeitung.



Nr. 35.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 12. Februar

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. Jänner d. J. dem Ministerialconcepisten im Finanzministerium Adolph Deimel den Titel eines Bergrathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. Jänner d. J. die Errichtung eines selbständigen landwirthschaftlichen Vereines für den Taborer Kreis in Böhmen auf Grund der vorgelegten rectificirten Statuten allergnädigst zu genehmigen geruht.

Oesterreichisches Anlehen vom Jahre 1865.

Die Subscribenten auf das in Paris aufgelegte Silberanlehen vom Jahre 1865 werden in die Kenntniß gesetzt, daß, gemäß der Anlehensbedingungen, die Obligationen für jene Interimscheine, auf welche nicht bis längstens 1. März 1867 die volle Einzahlung geleistet sein wird, an der Pariser Börse auf Gefahr der Subscribenten verkauft werden.

Ergibt der Verkauf einen Ueberschuß zu Gunsten der Subscribenten, so wird ihnen derselbe gegen Einreichung der Interimscheine von dem Comptoir d'Escompte in Paris ausbezahlt.

Vom 1. März 1867 angefangen findet die Umwechslung der Interimscheine, auf welche die volle Einzahlung geleistet wurde, gegen die Obligationen ausschließlich in Wien statt.

Wien, den 6. Februar 1867.

Vom k. k. Finanzministerium.

Am 10. Februar 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 27 die Verordnung der Ministerien der Justiz und der Finanzen vom 31. Jänner 1867, betreffend die Abänderung des § 33 der Verordnung vom 16. November 1850, Nr. 448 des R. G. Bl., über die caffemäßige Behandlung des Waisens-, Curanden- und Depositenvermögens, — wirksam für Oesterreich ob und unter der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Istrien, Triest, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren und Schlesien;

Nr. 28 den Erlaß des Finanzministeriums vom 5. Februar 1867, womit eine Veränderung in der Serienbezeichnung der Staatsnoten zu 5 Gulden bekannt gemacht wird. (W. Ztg. Nr. 35 v. 10. Februar.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. Februar.

Die Herrscher von England und von Preußen haben in den letzten Tagen vom Throne herab zu den Vertretern ihrer Völker gesprochen, aber während sich an die erstere Thronrede ein nur geringes Interesse knüpft, sah man der preussischen wegen der vermutheten Andeutungen, die sie über das engere Bündniß Preußens mit den norddeutschen und die weitere Allianz Norddeutschlands mit den süddeutschen Staaten geben werde, mit einer gewissen Spannung entgegen. Der nun bekannt gewordene Wortlaut der Thronrede entspricht wohl den gehegten Erwartungen nicht, aber die eine Thatsache von Wichtigkeit wird durch dieselbe constatirt, daß der Entwurf des Bundesvertrages, der nunmehr dem norddeutschen Parlamente und hierauf den Einzelregierungen zur Genehmigung vorgelegt werden wird, zu Stande gekommen ist, — nachdem es noch in der allerletzten Zeit hieß, es seien die dem Abschlusse der norddeutschen Conferenzen entgegenstehenden Hindernisse noch immer nicht gänzlich beseitigt. Ueber das Actenstück äußert sich die „Pr.“:

„Im ganzen ist der Ton der Thronrede ein sehr versöhnlicher und friedlicher, sowie überhaupt diese Staatschrift mit vielem Geschick abgefaßt ist. Bemerkenswerth ist aber, daß in derselben wohl viel von preussischer Tapferkeit, von dem materiellen Wohle des Volkes gesprochen wird, das Wort „Freiheit“ dagegen gar nicht vorkommt. Auf dem deutschen Programm der preussischen Regierung steht dieses Wort nicht, und dem deutschen Volke bleibt es daher vorbehalten, dasselbe mit deutlichen Schriftzügen zu verzeichnen. Die ohne Zweifel bevorstehenden schweren Kämpfe im norddeutschen Parlamente werden lehren, daß die Nation diese ihre Pflicht nicht zu verabsäumen gedenkt.“

Von den answärtigen Ereignissen nehmen im übrigen die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel unsere Auf-

merksamkeit erneuert wieder in Anspruch. In Griechenland führt man nicht nur eine äußerst kriegerische Sprache, sondern bereitet sich auch zu umfassenden Rüstungen vor, als gelte es, hohe Politik im großen Maßstabe zu machen. Was diesen Staat ohne Aussicht auf Cooperation irgend einer europäischen Macht dazu veranlassen mag, muß wohl bis zu weiterer Aufklärung ein Räthsel bleiben. Daß aber diese Aussichten gegenwärtig nicht sehr groß sind, sucht die „Debatte“ in einem diesen Gegenstand behandelnden Artikel zu beweisen, dem wir Nachstehendes entnehmen:

Was die Sympathien für Griechenland und die Griechen betrifft, so hat es damit ein eigenes Bewandniß. Wohl gab es eine Zeit, wo die Sympathien für die Griechen zur Mode gehörten, und die Griechen selbst haben die Bedeutung dieser Sympathien in ausgiebigster Weise an sich erfahren. Diese Zeit ist aber im Großen und Ganzen schon längst vorüber, und einer späteren Ernüchterung blieb es vorbehalten, zu constatiren, daß jene Staatsmänner, die sich gegenüber der griechischen Erhebung im dritten Decennium unseres Jahrhunderts kühl verhielten, nicht zu den schlechtesten und kurzfristigsten Politikern gehörten.

Aber nicht nur die auf politische Motive zurückzuführenden Sympathien für Griechenland, sondern auch jene Sympathien sind nicht mehr wirksam, die der Humanität, der Religion, den civilisatorischen Interessen u. s. w. entspringen. Solche Sympathien können im Fluge entstehen und gewonnen werden; Dauer erhalten sie aber nur dann, wenn Diejenigen, denen sie gelten, sich ihrer im Laufe der Zeit stets und immer würdig erweisen. Wir würden uns aber nur einer läppischen Schmeichelei schuldig machen, wenn wir sagten, daß das Thun der Griechen, seitdem sie einem eigenen staatlichen Leben wiedergegeben wurden, auf der Höhe dieser Sympathien stand. Wir verkennen dabei durchaus nicht die Fehler aus der politischen oder eigentlich diplomatischen Organisation des heutigen Griechenlands und sind bereit, Manches, was nicht oder was nur zweckwidrig geschah, auf Rechnung dieser verfehlten Organisation zu setzen.

Aber selbst auf dem engen Raum des heutigen Griechenland war dessen Bewohnern Gelegenheit genug geboten, sich politisch, materiell und civilisatorisch zu bethätigen, und die atheniensischen Staatsmänner durften nicht verlegen sein, wenn es galt zu beweisen, daß Griechenland verdiene, eine vollberechtigte politische Existenz zu sein.

Dies ist aber nach keiner Richtung hin geschehen. Die materiellen Interessen haben nie und nimmer die entsprechende Pflege erfahren; geistig stehen die Griechen, mit geringen Ausnahmen, heute kaum höher als vor vierzig Jahren, und in politischer Beziehung sind sie Europa noch immer den Beweis schuldig geblieben, ob sie fähig seien, den lebensfähigen Krystallisationspunkt für die der türkischen Herrschaft unterstehenden Griechen abzugeben, und ob sie würdig seien, daß ihnen zu Liebe im Osten Europa's eingreifende Umgestaltungen vorgenommen werden. Die heutige politische Thätigkeit der Griechen besteht nur in einer peinlichen Nervosität, in einer sterilen Hast, die Griechenland selbst nicht zu der für es so nöthigen Ruhe kommen läßt und die über die Grenzen hinaus wohl beunruhigend, aber, wie dies auch nicht anders sein kann, durchaus nicht schöpferisch wirkt. Kann da noch von warmen, werththätigen Sympathien die Rede sein?...

Auf dem ihnen gegönnten Gebiete müssen die Griechen schaffen und wirken; materiell und geistig müssen sie selbstthätig sich zu entwickeln suchen; dann, aber auch nur dann, werden sich ihnen die allgemeinen Sympathien wieder zuwenden, und sie werden nicht nöthig haben, in einer nichtsagenden Actions-Politik ihre schönste Zeit und ihre besten Kräfte zu vergeuden.

Die preussische Thronrede beim Schlusse des Landtages.

Der König schloß den Landtag am 9. Februar mit folgender Thronrede:

„Erlauchte, Edle und Geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Am Schlusse einer inhaltreichen Sitzungsperiode spreche ich Ihnen meinen Dank aus, daß Sie meiner Regierung geholfen haben, die Hoffnungen zur Erfüllung zu bringen, welche ich an diese Session knüpfte.

Durch Ertheilung der Indemnität für die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Finanzverwaltung der letz-

ten Jahre haben Sie die Hand zur Ausgleichung des Principienstreites geboten, welcher seit Jahren das Zusammenwirken meiner Regierung mit der Landesvertretung gehemmt hat.

Ich hege die Zuversicht, daß die gewonnenen Erfahrungen und ein allseitiges richtiges Verständniß der Grundbedingungen unseres Verfassungslebens dazu helfen werden, die Erneuerung ähnlicher Zustände in der Zukunft zu verhüten.

Durch die Gewährung der außerordentlichen Mittel für die Bedürfnisse des Heeres und der Flotte haben Sie in Anerkennung dessen, was die Politik meiner Regierung, gestützt auf die erprobte Schlagfertigkeit und Tapferkeit meines Heeres, bisher geleistet hat, den Entschluß kundgegeben, das Errungene zu wahren.

In der Feststellung des Staatshaushaltsetates vor dem Eintritt des gegenwärtigen Etatsjahres ist eine weitere Bürgschaft für die feste Gestaltung der verfassungsmäßigen Zustände gewonnen.

Meine Regierung hat durch den zeitweiligen Verzicht auf einzelne Ausgabepositionen, welche bei Fortführung der Verwaltung schwer entbehrt werden, einen neuen Beweis dafür gegeben, welchen Werth sie auf die Verständigung mit der Landesvertretung legt. Sie darf umso mehr zuversichtlich hoffen, daß den in Rede stehenden Bedürfnissen Anerkennung und Befriedigung künftig nicht ver sagt werden wird.

Mit besonders lebhaftem Danke erkenne ich die Bereitwilligkeit an, mit welcher die Landesvertretung meiner Regierung die Mittel gewährt hat, die Lage der im Kampfe für das Vaterland erwerbsunfähig gewordenen Krieger, sowie der Witwen und Kinder der Gefallenen zu erleichtern.

Nachdem die Landesvertretung bei der Ausführung der Veränderungen, welche die erhebliche Erweiterung des preussischen Staatsgebietes nothwendig macht, Ihre eingehende Mitwirkung gewährt und die Ueberleitung der bisherigen Zustände der neu erworbenen Landestheile in die volle Gemeinschaft mit den älteren Provinzen vertrauensvoll in meine Hände gelegt hat, darf ich mit Zuversicht erwarten, daß die Bewohner aller jetzt mit Preußen vereinigten Länder sich mehr und mehr in dem großen Gemeinwesen ihrer Landsleute und bisherigen Nachbarn heimisch fühlen und an den Aufgaben derselben mit wachsender Hingebung betheiligen werden.

Die bereits vorbereitete Heranziehung von Vertretern derselben zu den beiden Häusern des Landtages wird dazu beitragen, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den älteren Theilen der Monarchie zu befestigen und zu beleben.

Vornehmlich aber wird die sorgliche und gewissenhafte Pflege aller Keime öffentlicher Wohlfahrt, wie sie das preussische Volk von seiner Regierung zu erfahren gewohnt ist, und wie sie durch das gemeinsame Zusammenwirken des Landtages mit meiner Regierung in der soeben zu Ende gehenden Session wesentlich gefördert worden ist, auch die Bevölkerung der neuen Provinzen mehr und mehr die Segnungen der Gemeinschaft empfinden lassen.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens konnte meine Regierung, gestützt auf das Einverständnis mit der Landesvertretung, wesentliche Erleichterungen und Verbesserungen ins Leben rufen.

Die Anbahnung der Aufhebung des Salzmonopols und des Gerichtskostenzuschlages, die Regelung der Verhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die Aufhebung der Beschränkungen des Zinsfußes, die Post- und Handelsverträge, die Umwandlung der pommer'schen Lehne, die Beseitigung der Rheinschiffahrtsabgaben, die Verbesserung der Besoldungen der niederen Beamten und Lehrer, sowie die Bewilligung der Mittel zur Ausführung und Vervollständigung wichtiger Eisenbahnen werden in weiten Kreisen als dankenswerthe Früchte dieser Session begrüßt werden.

Während die specielle Entwicklung des preussischen Staatswesens durch das einheitliche Zusammenwirken der Landesvertretung mit meiner Regierung eine erfreuliche Förderung erfahren hat, berechtigt mich die Thatsache, daß der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes von allen mit Preußen verbündeten Regierungen angenommen worden ist, zu der Zuversicht, daß auf der Grundlage einer einheitlichen Organisation, wie Deutschland sie in Jahrhunderten des Kampfes bisher vergeblich erstrebt hatte, dem deutschen Volke die Segnungen werden zu Theil werden, zu welchen es durch die Fülle der Macht und Gerechtigkeit, die ihm bewohnt, von der Vorsehung berufen ist, sobald es seinen Frieden

im Innern und nach außen zu wahren versteht. Ich werde es als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung starken Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerthen.

Auf Gott, der uns so gnädig geführt hat, vertraue ich, daß er uns dieses Ziel wird erreichen lassen!"

Der vorletzte und der letzte Passus, vom Könige besonders betont, wurden vom Landtage beifällig aufgenommen.

Denkschrift

der Handels- und Gewerbekammer in Laibach an das hohe k. k. Handelsministerium, betreffend die Laibach-Billacher Eisenbahn.

Die ergebenst gefertigte Handels- und Gewerbekammer hat in Folge des hohen Erlasses vom 18. August 1864, Z. 1309, womit derselben eine Denkschrift mit der Karte, betreffend das neue Eisenbahnnetz der österreichischen Monarchie, übersendet wurde, ihr Gutachten ddo. 7. November 1864 mit der Darstellung und Begründung der Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Eisenbahn Laibach-Billach dem hohen k. k. Ministerium unterbreitet.

Ist schon vorher die Nothwendigkeit und Wichtigkeit dieser Eisenbahnlinie allgemein anerkannt worden, so ist doch seitdem diesem Gegenstande eine noch größere Aufmerksamkeit und allseitigere Behandlung in der öffentlichen Presse zu Theil geworden, als deren Ergebnis die unabwiesliche Erkenntnis feststeht, daß die fragliche Eisenbahn ein gleich großes Bedürfnis des Landes Krain, als auch von außerordentlicher Wichtigkeit und Bedeutung für die gesammte Monarchie ist. In dieser Erkenntnis ist die in Rede stehende Eisenbahnfrage im Landtage des Herzogthums Krain noch in der früheren Session behandelt und sind am 29. Jänner 1866 von demselben die Beschlüsse dahin gefaßt worden, daß der Landtag in Anerkennung der hohen Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Eisenbahnverbindung Laibach-Billach an die hohe Staatsregierung die Bitte stellt, hochdieselbe geruho in den Entwurf des neuen Eisenbahnnetzes auch die Eisenbahnlinie Laibach-Billach einzubeziehen, und falls über den Entwurf ohne Ausnahme dieser Linie die allerhöchste Sanction Sr. Majestät des Kaisers bereits erfolgt wäre, nachträglich dieselbe rücksichtlich dieser Linie zu erwirken, — daß der Landtag den Landesauschuß beauftragte, sich rücksichtlich der Bildung eines Comité's zur Durchführung der Eisenbahnlinie Laibach-Billach mit der Handels- und Gewerbekammer ins Einvernehmen zu setzen, und im Falle des Zustandekommens desselben durch ein Mitglied zu beteiligen, — und daß der Landtag für die Vorarbeiten aus dem Landesfonde einen Beitrag von 5000 fl. mit dem Vorbehalte aller gleich anderen Beiträgen aus der Unternehmung erwachsenen Rechte für den Fall bewillige, als die Ausbringung der zur Ausarbeitung des zur Erlangung der schließlichen Concession nöthigen Projectes erforderlichen Geldmittel möglichst gesichert erscheinen würde.

Sobald die solchen Unternehmungen wenig günstigen Kriegsergebnisse des vorigen Jahres ihren Abschluß gefunden haben, hat sich sogleich bei der hiesigen Handels- und Gewerbekammer ein Comité für die besagte Eisenbahnfrage, bestehend aus mehreren Mitgliedern der Kammer und aus einem Landesauschußmitgliede, gebildet. Dieses Comité hat die Industriellen und die Träger der Intelligenz und des Besitzes im Lande zu einer Generalversammlung berufen, welche der Einladung Folge leistend auch in Laibach zusammentraten und die Realisirung der fraglichen Eisenbahnstrecke mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben beschlossen.

Zu diesem Zwecke ist das bestehende Eisenbahn-Comité durch mehrere Mitglieder der Versammlung verstärkt und dasselbe respective die Handels- und Gewerbekammer beauftragt und ersucht worden, alles zur Verwirklichung der fraglichen Eisenbahnstrecke Zweckdienliche einzuleiten.

Zu dieser Lage erachtet es nun die unterthänigst gefertigte Handels- und Gewerbekammer dafür, daß sie die für das Land Krain und für den Gesamtstaat so wichtige Eisenbahnfrage dem hohen, um das volkswirtschaftliche Wohl Oesterreichs so sehr besorgten k. k. Ministerium mit ihren diesfälligen unterthänigen Bitten wiederholt mit der Zuversicht unterbreiten soll, daß das hohe k. k. Ministerium die vielfache Wichtigkeit und Nothwendigkeit der fraglichen Eisenbahn nicht nur erkennen, sondern auch zu der Realisirung derselben und insbesondere zu den nothwendigen Einleitungen, Erhebungen, zur Abklärung und endlichen Projectverfassung die nothwendigen Mittel in dem möglichsten Maße um so mehr bieten wird, weil hochdieselbe bemüht war, in den Staatsvoranschlag für das Jahr 1867 eine Summe von 150.000 fl. für technische Eisenbahnerhebungen einzustellen.

Indem sich die ergebenst gefertigte Handels- und Gewerbekammer rücksichtlich der Darlegung der Gründe für die Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Eisenbahn Laibach-Billach auf ihr obangeführtes Gutachten und die erwähnten Landtagsverhandlungen, so wie auf die bezügliche von dem krainischen Landesauschuße dem hohen Ministerium unterbreitete Petition zu berufen erlaubt,

sei es ihr nochmals gestattet, die vielfache Wichtigkeit der fraglichen Eisenbahn in nachstehender Betrachtung zu beleuchten.

Diese fragliche Eisenbahnlinie ist:

1. ein unumgänglich nothwendiges Communicationsmittel und zugleich als Beleberin bestehender und Erweckerin neuer Industriezweige für unser Land und namentlich für Oberkrain;

2. ist sie die natürlichste Verbindung der österreichischen Nord- und der europäischen Westländer mit dem adriatischen Meere, und zwar mit Triest und Fiume;

3. ist sie ein wichtiges Glied in der Kette der kürzesten europäischen Bahn von Nordwesten nach Südosten und

4. hat diese Bahn insbesondere durch die erfolgte Grenzveränderung die größte strategische Wichtigkeit rücksichtlich der Grenzsicherung des Reiches gegen Italien erlangt.

Belangend nun die erste Bedeutung, so sprechen dafür folgende Gründe:

Die vorzüglichste, seit Jahrhunderten betriebene Industrie des Landes Krain ist die Montanindustrie, und zwar vorzüglich die Eisen- und Stahlindustrie.

Außer dem Eisen-, Stahl- und Quecksilber-Betriebe wird auch zum Theil Zink aus krainischen Erzen, Blei und Kupfer im Lande selbst erzeugt. Die meisten dieser Metalle producirt Oberkrain mit Ausnahme der Steinkohle. Der Betrieb der Montanindustrie Oberkrains ist unentbehrlich und ist als Erwerbs- und Subsistenzquelle auch für die nicht industrielle Bevölkerung, welche von der Scholle der dort nicht sehr fruchtbaren Erde sich den Unterhalt und die Grundsteuer wohl nicht erholen kann, durch nichts zu ersetzen.

Es sei erlaubt, anzuführen, daß in dem Bezirke Radmannsdorf und einem Theile von Kronau die Eisen- und Kupfererzwerke über eine halbe Million jährlich für Nebenleistungen, wie für Holzung, Verkohlung, Verfrachtung, bei der Grube u. s. w., an die ländlichen Bewohner bezahlen und daß ein Theil davon mit 60.000 fl. jährlich auf das kleine Thal Wochein entfällt. Wo soll, wenn diese Subsistenzquelle versiegt, der Oberkrainer sich eine andere Erwerbsquelle verschaffen, die ihm so reichliche Mittel geben würde? Wo soll das Thal Wochein sich jährlich 60.000 fl. erwerben, wenn der Eisenbetrieb dort ganz oder zum Theile aufhört? Es entstehen daher ernste Besorgnisse bei denjenigen, welche die Verhältnisse Oberkrains kennen, Besorgnisse für die Existenz der Oberkrainer, welche trotz aller den Bergvölkern angeborenen Liebe zu ihrer Gebirgsheimat massenhaft schon über das Meer nach Amerika ziehen, um dort eine bessere Existenz sich zu gründen.

Unter den vielen hier zu übergehenden Gründen, welche für die Eisenindustrie insbesondere verhängnißvoll und schädlich gewirkt haben, ist auch der, daß nicht genügende Communicationsmittel Oberkrain mit den andern Ländern verbinden.

Daß aber für die Eisenindustrie die Eisenbahnen in mannigfacher, namentlich in zweifacher Richtung außerordentlich wichtig sind, ist in der oben besprochenen Denkschrift des hohen Handelsministeriums selbst mit Folgendem ausgesprochen:

„Die Eisenbahnen gewähren nicht nur als Communicationsmittel große Vortheile, indem sie die Zufuhr der Rohstoffe und den Absatz der Erzeugnisse erleichtern, billiger und rascher bewirken, sondern sie tragen auch direct als bedeutende Consumenten zum Aufblühen aller Zweige der Volkswirtschaft wesentlich bei.“

Zwei Industriezweige sind es insbesondere, welche hier in Betracht kommen und für welche Oesterreich alle Elemente des Gedeihens im reichsten Maße besitzt, es sind dies die Eisen- und Kohlenindustrie, welche beide auf die Entwicklung aller übrigen Zweige der Volkswirtschaft von entschiedenem Einflusse sind.

Während nun in Oesterreich die Ausbeute an Mineralkohle insbesondere in jenen Gegenden der Monarchie, welche bereits von Eisenbahnen durchschnitten oder berührt werden, in raschem Steigen begriffen ist, trat in der Eisenschmelzung seit einigen Jahren ein Stillstand ein, dessen Rückschlag auf den Wohlstand der betroffenen Gegenden bitter empfunden wird.

Die Ursachen dieses Stillstandes sind gar verschiedene, einen großen Theil der Schuld trägt aber der Mangel entsprechender Communicationsmittel der Eisenbahnen, welche es den Eisenwerken möglich machen sollten, sich billigen Stoff, geeignete Mineralkohle zu verschaffen und wohlfeiles Eisen zur Fabrication größerer Waaren, als: Schienen etc., zu erzeugen.

Dies ist auch der Grund, daß die meisten inländischen Gewerke die Concurrenz des Auslandes bis jetzt nicht überwinden konnten. Eine weitere Ursache des Darniederliegens der Eisenindustrie liegt aber eben auch in dem seit einigen Jahren eingetretenen Stillstande in dem Baue neuer Eisenbahnlinien, wodurch die Nachfrage nach Eisenschmelzungen sich auf ein geringes Maß reducirte und so viele Etablissements zum Stillstande gebracht wurden.

Daraus ergibt sich also die doppelte Nothwendigkeit, daß Oberkrains Eisenindustrie durch die Ausführung der Laibach-Billach Bahn unterstützt werde, insofern sie sich als nothwendiges Communicationsmittel darstellt und in so weit sie als Consumentin auftritt.

Durch die Eisenbahnverbindung zwischen Laibach-Billach würde gerade im Sinne dieser Denkschrift der Montanindustrie von ganz Krain geholfen werden; die Eisenindustrie würde ein Communicationsmittel für ihren Absatz bekommen und die Kohlenbergwerke an der Grenze Krains und Steiermarks würden ihren Absatz gerade an diese Werke finden können. Würde die Bahnlinie Laibach-Billach zu Stande gebracht werden, so würden mehrere bedeutende Etablissements unmittelbar an dieselbe oder doch in die Nähe derselben gebracht werden, z. B. die Bleigewerkschaft Knapouze, die Kupfergewerkschaft zu Stoffe, das Eisenwerk Kaufer, die Eisenwerke zu Eisnern, Kropf und Steinbüchel, dann die bedeutenden Nägelfabriken aller dieser letztgenannten Orte, ebenso die Stahl-, Senfen- und Feilenwerke in Neumarkt, die Baron Zois'schen Werke zu Feistritz, Althammer, Rothwein und Zauerburg, die Ruard'schen Werke zu Sava, Moistrana, die Klinger'schen und Moritsch'schen Werke zu Weisensfeld und im Anschlusse auch die in der Nähe von Tarvis gelegenen kärnthnerischen Montanwerke, wie vorzüglich die ärarischen Bleibergwerke zu Raibel u. d. g.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreich.

Wien, 8. Februar. In Frohsdorf, dem sonst so stillen Asyl des Grafen Chambord, ging es Montag, den 4., etwas lebhaft zu. Es wurde nämlich durch den Nuntius, Erzbischof Falcinelli, die Trauung zwischen Don Carlos, Infant von Spanien, und Margarethe Prinzessin v. Parma, Schwester des Herzogs von Modena und Nichte des Grafen Chambord, vollzogen. Der Herr Herzog von Modena, der dieser hohen Feier anwohnte, weil gegenwärtig in Wien.

— 9. Februar. Die „Debatte“ schreibt: Franz Deak ist mit dem heutigen Frühzuge in Begleitung des Quästors Kovacs wieder nach Pest zurückgekehrt. Einer Ministerconferenz hat derselbe während seiner Anwesenheit in Wien nicht beigewohnt. Ferner vernehmen wir, daß der neu ernannte Primas von Ungarn im Laufe des heutigen Vormittags im Beisein des päpstlichen Nuntius und des Hofkanzlers v. Majlath seinen Eid in die Hände Sr. Majestät des Kaisers abgelegt hat. Was die Ernennung des ungarischen Ministeriums betrifft, so hören wir die von uns mitgetheilte Ministerliste als richtig bestätigen. Nach erfolgter Ernennung werden sich, wie wir vernehmen, der jetzige Hofkanzler Herr v. Majlath und der Tavernicus Baron Sennyey ins Privatleben zurückziehen.

Pest, 7. Februar. An den Magistrat der Stadt ist eine goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft herabgelangt, welche Sr. Majestät dem hiesigen Photographen Herrn Schreiber zu verleihen geruht in Anerkennung für die ausgezeichneten chromographischen Bildnisse weiland des Fürst-Primas von Ungarn Johann Scitovszky und des Fürsten Paul Esterhazy, welche Sr. Majestät von dem genannten Photographen anzunehmen geruht haben. — Zur Unterstützung ungarischer protestantischer Lehr- und Seelsorgeramtsandidaten, welche auf einer deutschen Universität studiren, sind allerhöchsten Orts für weitere zwei Jahre 10 Stipendien à 600 fl. jährlich bewilligt worden.

Triest, 9. Februar. Seit einigen Tagen liegt auf unserer Rhede die aus England angekommene mexicanische Dampfmaschine „Undine“, Eigenthum Sr. Majestät des Kaisers von Mexico. Dieselbe soll nach vollendeter Ausrüstung sich nach Tacroma begeben.

Die Wahlen in Dalmatien sind, wie dem „Bozor“ telegraphisch mitgetheilt wird, für die nationale Sache ungünstig ausgefallen. Von dem Großgrundbesitz sind in Cattaro Costo Bojnovic und in Ragusa Graf Mil. Pucic und Dr. Pulic gewählt. In den übrigen Städten hat die italienische Partei die Oberhand behalten. — So versichert der Gewährsmann des croatischen Blattes, und wir theilen diese seine Angaben nur darum mit, weil über das Resultat der Wahlen in Dalmatien nur spärliche Daten vorliegen.

Rusland.

Berlin. Zu den Wahlen für das norddeutsche Parlament bemerkt die ministerielle „Prov.-Corresp.“ u. a. Folgendes: . . . Es sind hohe Güter, die unserem Volke zufallen sollen, wenn der norddeutsche Bund jetzt, wo die Gelegenheit so günstig ist, wie noch niemals, rasch und kräftig ins Leben gerufen wird. Dazu sollen alle guten Preußen dem Könige helfen; deshalb erfüllen sie eine Pflicht auch gegen das Vaterland und gegen sich selbst, wenn sie am 12. Februar zur Wahlurne gehen und zur Wahl eines Abgeordneten mitwirken, dem es voller Ernst damit ist, die Staatsregierung bei der Durchführung ihrer großartigen und wohlthätigen Pläne entschieden zu unterstützen. Wer am Wahltag seine Pflicht versäumt oder wer seine Stimme einem Abgeordneten gibt, dem es nicht auf Einigkeit mit der Staatsregierung zur raschen Verwirklichung des großen Werkes,

sondern auf allerlei Fragen und Vorwände des Parteiwesens ankommt, der nimmt die Schuld mit auf sich, daß das Höchste, was Preußens Könige jemals für das preussische und deutsche Volk unternommen haben, möglicherweise scheitert und mißlingt. Ueberall ist bekannt und offenkundig, welcher von den Wahlcandidaten bestimmt und entschieden zur Regierung steht, welcher nicht. Jeder, dem Preußens Ehre und Wohl am Herzen liegt, möge seine Stimme einem Manne geben, von dem er sicher ist, daß er den König und seine Regierung gegen alle Widerfacher kräftigst unterstützen will. Mit Gott denn zur Wahl: es gilt der Sache des Königs und zugleich der Größe und dem herrlichen Gedeihen des Vaterlandes!

Frankfurt, 6. Februar. Die ständige Bürgerrepräsentation hatte die Absendung einer Deputation an den König Behufs einer Remonstration in der Contributionsangelegenheit beschlossen und um Ertheilung einer Audienz nachgesucht. Darauf ertheilte Graf Bismarck auf telegraphischem Wege den Bescheid: „Des Königs Majestät wollen die angekündigte Deputation der Stadt Frankfurt erst nach dem 12. d. M. empfangen.“ (D. h. der Erfolg wird von dem Ausfallen der Wahlen für das norddeutsche Parlament abhängig gemacht.)

München, 7. Februar. Die Sr. Majestät dem Könige heute übersendete Adresse der Kammer der Abgeordneten lautet:

„Allerdurchlauchtigster etc. Die frohe Botschaft von der Verlobung Ew. Majestät mit Ihrer königlichen Hoheit der Herzogin Sophie Charlotte Auguste in Baiern hat, wie im ganzen Lande, so auch bei den Mitgliefern der Kammer der Abgeordneten die wärmste und aufrichtigste Theilnahme erregt. Sie fählen sich um so mehr gedrungen, Ew. Majestät zu diesem höchst erfreulichen Ereigniß aus vollstem Herzen Glück zu wünschen, als sie sich bewußt sind, nicht bloß ihren eigenen Gefühlen Ausdruck zu geben, sondern zugleich im Namen und im Sinne des ganzen bayerischen Volkes zu sprechen. Möge all' der Segen, welchen das Verhältniß der Ehe zu gewähren vermag, aus dem von Ew. Majestät abzuschließenden Bunde in reichlichstem Maße ersprießen, zum Glück Ew. Majestät, zum Heil des königlichen Hauses, zum Wohle und zur Freude des Vaterlandes. In allerhöchster Ehrfurcht Ew. königlichen Majestät, München, den 30ten Jänner 1867, allerunterthänigst treugehorfamste Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: Das Directorium.“ (Folgen die Unterschriften.)

8. Februar. Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich ist auf der Rückreise von Zürich diesen Abend um 8 1/2 Uhr hier eingetroffen. Von Sr. Majestät dem Könige und den Prinzen und Prinzessinnen des herzoglichen Hauses, dann von den Herren der kaiserlichen Gesandtschaft im Bahnhofs empfangen und begrüßt, fuhr die erhabene Frau sogleich nach dem herzoglichen Palast. Nachher fuhr die Kaiserin in den „Bayerischen Hof“, wo sie das Absteigequartier genommen hat. Ihre Majestät verweilt bis morgen Abend hier und kehrt dann mit dem Eilzuge nach Wien zurück.

Paris. Die „France“ enthält nachstehende Meldung: „Der Minister des Aeußern hat bereits alle für das gelbe Buch, welches am Tage nach der Sessionsöffnung in den Kammern vertheilt werden soll, bestimmten Documente vereinigt. Die Hauptfragen, auf welche diese Documente beziehen, sind die deutschen, orientalischen, italienischen und mexicanischen Angelegenheiten. Die auf Deutschland und Mexico bezüglichen Actenstücke werden, was die ministerielle Verantwortlichkeit des Herrn v. Moustier betrifft, nur ein retrospectives Interesse haben, da die betreffenden Ereignisse vor seinem Eintritt in das Cabinet erfolgt sind. Bezüglich Italiens geht nur die Phase der Regelung der päpstlichen Schuld und der Mission Tonello Herrn v. Moustier an. Aber die auf die orientalische Angelegenheit und besonders auf den kretischen Aufstand bezüglichen Akten werden dem Vernehmen nach beinahe die Hälfte des gelben Buches einnehmen und eine besondere Bedeutung gewinnen durch die Kenntniß, welche sich der Marquis v. Moustier von den orientalischen Angelegenheiten an Ort und Stelle erworben hat.“

Paris, 6. Februar. Die liberalen Concessionen übersteigen alle Erwartungen. In Betracht daß die Pressefreiheit auf der breitesten Grundlage des allgemeinen Stimmrechts kein Monopol des Capitals werden soll, würde nicht nur die beantragte Erhöhung der Zeitungscantion auf 80,000 Fr. verworfen, sondern die Herabsetzung auf 25,000 Fr. genehmigt. Auch gibt es kaum noch ein Organ der liberalen Demokratie, welches sich nicht, allerdings mit einiger Verschämtheit und auch Verschlagenheit, für satisfait erklärt. Anders verhält es sich mit dem großen Publicum, mit der Masse der kleinen Gewerbetreibenden und der Arbeiter. Hierüber wurde von den betreffenden Behörden erhoben, daß sich dieselben die neuen Freiheiten nichts weniger als zu Herzen nehmen, und das Ganze nur für einen Zeitungsärm halten, welcher die öffentliche Aufmerksamkeit von der äußern Lage abwenden und die Vermehrung des Militärdienstes beschönigen soll. Letzteres ist für die Massen die sie zunächst angehende Hauptsache; sie bleiben dem Aufsehen, das die Journalisten mit ihren Gewerksfreiheiten machen, ziemlich fremd; ja, sie lassen sich von den Militärfragen nicht abwenden. So lauten die Berichte. Die Herabsetzung der Zeitungscantionen auf

25,000 Fr. wird ausschließlich dem Kaiser verdankt. Er berief sich auf seine in Nordamerika gemachten Erfahrungen. Je mehr Zeitungen, desto besser, wenn schon einmal Pressefreiheit besteht. Denn sie neutralisiren sich gegenseitig. Hingegen werden die Buchdrucker die auch ihnen zugedachte Gewerbefreiheit hintertreiben. Der Minister des Innern ist entschieden für die Beibehaltung ihrer Privilegien, deren Aufhebung oder Ablösung eine sehr verwickelte Sache wäre, und alle andern privilegierten Geschäfte, z. B. Börsenagenten, bedrohen würde. Die Inzeratensteuer ist definitiv verworfen, weil die in den französischen Blättern überwuchernden Reclamen, welche am theuersten bezahlt sind, nicht controlirt werden könnten. Im Petit Journal des Herrn Milland geht es zu, wie auf einem zerstörten Jerusalem. Der Verdummungs-Journalismus wird gestempelt: 1 1/2 Centimes ohne Inzerate, 4 Cent. mit Inzeraten, ganz wie die großen politischen Blätter. Die Soublätter werden unmöglich, und dem Sou verdankt Milland seine neuen Reichthümer.

Aus **Paris** wird der „N. Allg. Ztg.“ geschrieben: Ich erlaube mir auf den interessanten Brief aufmerksam zu machen, den das „J. des Debats“ aus Constantinopel erhalten hat. Derselbe bespricht die Ziele und Absichten der jungtürkischen Partei, an deren Spitze der Bruder des Vicekönigs, Mustapha-Fazyl-Pascha, steht. Als das Organ desselben ist der „Courrier d'Orient“ zu betrachten. Dort wird die Nothwendigkeit entwickelt, die Türkei im Innern zu reorganisiren und dem Land eine Art Constitution zu geben. Der Schreiber jenes Briefes ist der Ansicht, daß für die letztere jedenfalls in der Türkei mehr Elemente vorhanden seien, als in Egypten; eine Notabelversammlung in Constantinopel würde eine ganz andere Bedeutung haben, als eine solche in Cairo. Während unter den Denkenden große Unruhe und in der Umgebung des Sultans Rathlosigkeit herrsche, seien die Jungtürken voll muthiger Zuversicht; sie wollen, daß man Serbien gar nichts, oder eine volle Autonomie wie Rumänien zugestehen solle; der Sultan habe zwar vor einem Jahre Mustapha-Fazyl-Pascha wegen seiner kühnen Rathschläge auf Reisen ins Abendland geschickt, aber er sei jetzt zugänglicher; Mustapha Pascha werde ihm in einer Denkschrift Vorschläge für die Reorganisation machen, nachdem er in einer früheren die Lage mit Freimuth geschildert.

Brüssel, 5. Februar. Die Unruhen zu Marchiennes scheinen glücklich zu Ende zu sein. Am Montag gegen Abend fand nochmals eine Zusammenrottung statt, die aber durch eine Charge der Cavalerie zerstreut wurde. Man fürchtet, daß die Arbeiter der Kohlengruben, welche dem Aufbruch hauptsächlich seinen schlimmen Charakter gegeben haben, nochmals Unordnungen erregen möchten, und hat deshalb noch mehr Truppen herangezogen. Charleroi ist durch Zuzüge von Truppen aus Mons, Namur, Tournay und Brüssel stark besetzt, nachdem anfangs die Nationalgarde unter Waffen gerufen war, die aber jetzt entlassen ist. Zwei Kohlenzechen zu Dampremy, zwei zu Marchiennes und eine zu Monceau ruhen. In den Eisenbergwerken hat die Arbeit wieder begonnen. — In der heutigen Sitzung der Kammer der Repräsentanten wurde der Minister des Innern wegen der Viehseuche in Hasselt interpellirt. Seine Antwort ist beruhigend, und die Data welche er angab, sind mäßiger als die, welche die Zeitungen brachten. — Es sind seit dem 28. Jänner, wo das Uebel ausbrach, nur 421 Stück Vieh abgeschlachtet worden, von welchen 323 bloß vor-sichtshalber, so daß diese letztern der Consumtion übergeben werden konnten.

Mexico. Die „Abeille“ von New-Orleans vom 18. Jänner bringt folgende Nachrichten: „Wir erfahren über Matamoros, daß General Ortega jeden Tag inehr Boden gewinnt. Cortina hat dem Verbiozabal in officiöser Weise die Anzeige gemacht, daß Tampico, Tula und Victoria, Ortega, der diese Städte mit seiner Militärmacht besetzt hält, proclamirt haben. Man erwartet alle Tage einen Zusammenstoß, wenn derselbe nicht schon stattgefunden hat, zwischen den Truppen Mejia's und den Liberalen in der Nachbarschaft von Dolores-Hidalgo. Bustamante hat eine Proclamation zu Gunsten des Juarez erlassen. Man traf in San Luis große Vorbereitungen zum Empfang des Juarez, der aus dieser Stadt seine Hauptstadt zu machen beabsichtige.“ Der „Courrier des Etats-Unis“ entlehnt dem „Observador“ die aus San Luis de Potosi eingegangene Nachricht, daß die kaiserlichen Truppen den Befehl erhalten hatten, sich nach der Hauptstadt zurückzuziehen, um sich dort zu vereinigen. Escobedo hatte seinen Marsch gegen Querétaro begonnen, welches ebenso wie San Luis geräumt werden sollte.

— Nicht nur das richterliche Comité, schreibt der Correspondent der „Times“ aus Philadelphia, sondern auch noch verschiedene andere vom Hause eingeseßte Untersuchungscommissionen sind gegenwärtig eifrig beschäftigt, die Grundlagen zu der wahrscheinlich kurz nach Zusammentreten des nächsten Congresses (4. März) zu verhandelnden Präsidenten-Anklage festzustellen und Zeugenausagen zu verehmen. So wird das Comité über die Unruhen in New-Orleans sich mit den von dem Präsidenten im Laufe des vergangenen Sommers gehaltenen Reden beschäftigen. Die Commission zur Untersuchung von Veruntreuungen an Staatseinkünften und das Comité über Staatsausgaben sind beide in

Philadelphia und New-York an der Arbeit und enthüllen einen Grad von Corruption unter den Regierungsbeamten, der schrecklich ist und wofür sie den Präsidenten verantwortlich zu machen gedenken. Die Masse von Anklagen, die diese sämmtlichen, aus Feinden des Präsidenten zusammengefügten Commissionen gegen ihn anhäufen, soll der nächste Congress verarbeiten, und da die republicanischen Führer wohl bekannt sind mit dem lang-samen Gange einer großen Staatsprozedur, so beabsichtigen sie die Hindernisse, die ihnen daraus entstehen würden, durch eine Bill zu umgehen, nach welcher angeklagte Beamte während der Dauer der gegen sie schwebenden Untersuchung vom Amte suspendirt werden sollen. Sollte dieser Streich glücken, so würde der Präsident dadurch auf dem Wege der Gefesgebung aus dem Amte verdrängt und der Präsident des Senats an seine Stelle gebracht. Während die Parteiblätter ihre Anstrengungen concentriren, für die Anklage Propaganda zu machen, sind die Organe des Geschäftes und Handels sehr gegen diese extreme Maßregel und zeigen große Beunruhigung, und wohl nicht mit Unrecht.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerhöchste Anerkennung.) Se. k. k. apostolische Majestät hat dem Grazer Bürgercorps für den von ihm während der letzten Kriegsepoche an den Tag gelegten opferwilligen Patriotismus, seine vielseitige Verwendung und hingebende Bereitwilligkeit in Uebernahme des Sicherheitsdienstes die allerhöchste Anerkennung ausgesprochen.

— (Das Wuchergesetz beim Militär.) Zur Folge Circularverordnung des k. k. Kriegsministeriums hat das für das Civil kundgemachte Wuchergesetz vom 14ten December 1866 auch für sämmtliche der Militär-Gerichtsbarkheit unterstehende Personen in- und außerhalb der Militärgrenze zur Richtschnur zu dienen. — Als Untersuchungsgerichte in Wuchersachen gegen Militärpersonen haben in Zukunft allgemein jene Militärgerichte einzuschreiten, welchen der Beschuldigte vermöge seiner persönlichen Eigenschaft als ordentlichen Gerichten in Strassachen untersteht.

— (Ein Mensch ohne Gehirn.) Aus Neumarkt, 5. Februar, wird der Grazer „Tagespost“ geschrieben: In der Gemeinde Adendorf dieses Bezirkes befindet sich ein Kind, welches zehn Monate alt, vollkommen ausgebildet und ohne irgend eine organische Deformität zur Welt gekommen ist. Kurz nach der Geburt entwickelte sich jedoch ein rasch zunehmender Wasserkopf, der bis gestern, den 4. d., einen solchen Umfang einnahm, daß derselbe von der Nasenwurzel bis zur Scheitelhöhe 14, von der Mitte der Stirn bis an die Mitte des Hinterhauptes im geraden Durchmesser 16 und von einer Schläfe zur anderen 13 Zoll betrug. In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar brach die Schädelhaube auf dem Scheitel durch und es entleerten sich beiläufig fünf Maß einer zurecht wasserhellen Flüssigkeit, welcher schließlich ein dünner Brei folgte. Die Schädelhöhle ist nun bis auf den Grund entleert und das große Gehirn verschwunden. In dem Raume für das kleine Gehirn befindet sich nur ein dünnflüssiger Brei. Die Durchgänge für die Geruchs- und Sehnerven sind leer. Nun stehen die auseinandergerwichenen Schädelknochen lorbartig in die Höhe, und da dieselben eine enorme Höhe und Ausdehnung haben, so ist der Anblick des Kindes ein sehr seltsamer und es sieht daselbe einem Damfirch mit sehr breitem Geweih ähnlich. Nun aber kommt das Unglaubliche, Merkwürdigste — das Kind lebt und alle physischen Lebens-Functionen gehen ungeführt vor sich. Es ist dies eine vielleicht nie dagewesene pathologische Merkwürdigkeit! Das Ableben des Kindes ist freilich jeden Augenblick zu erwarten. Die Physiognomie des Kindes ist, mit Ausnahme der nach abwärts gedrehten Augen, eine freundliche und ist der Körper gut genährt. Abgesehen von der beschriebenen Deformität, kam bis zu diesem Augenblick keine Gesundheitsstörung vor.

— (Udmanic.) Wie dem „Bozor“ aus Festung-Jvanic geschrieben wird, ist der berüchtigte Räuberhäuptling Udmanic dort wieder aufgetaucht. Den 5. d. erschien er in Kloster-Jvanic im Franciscaner-Kloster, fragte den Koch nach dem Vorsteher und Vicar und trug, da diese nicht zu Hause waren, diesem auf, dem Vorsteher zu sagen, daß er in acht Tagen Geld vorbereiten möge. Den 7. Nachm. schickte er dem dortigen Handelsmann Mik. Kundel (Angjel), dem er v. J. 600 fl. geraubt hatte, durch zwei Dorfleute aus Bregi ein Schreiben zu, im welchem er demselben 400 fl. abforderte. Der für seine Familie besorgte Handelsmann sandte ihm auch wirklich 100 fl. in den Wald Zalkovo. Udmanic regalirte nun seine zwei Boten mit 6 fl., den dritten mit 5 fl., und schickte sodann alle drei zum Kundel zurück mit dem Auftrage, derselbe soll ihnen je 1 fl. für ihre Mühe bezahlen. Im Walde Zalkovo hatte Udmanic noch einen bis zu den Zähnen bewaffneten Spießgesellen bei sich.

— (Für den Faschingsdienstag) wird Leipzig dies Jahr zum ersten male das Schauspiel eines großen öffentlichen Mastenzuges haben. Die Gesellschaft „Mappertasten“ hat das Arrangement übernommen.

— (Die französische Armee.) Im jetzigen Augenblicke, wo in aller Herren Ländern von der Reorganisation der betreffenden Armeen die Rede ist, verdient eine Statistik, welche die Revue des deux Mondes bringt, einige Beachtung. Dieselbe betrifft das französische Contingent von 1864; die Stärke der Altersklasse betrug 325,000 Mann. Davon wurde die ungeheure Zahl von 109, bis 110,000

Mann für den Dienst untauglich befunden; es waren zu klein (nicht 1 Meter und 50 Centimetres groß) 18.106, schwache Constitution, Ausprägung u. 30,524, von Geburt an verstümmelt 15,988, bucklig, zu hohe Füße oder Plattfüße 9100, an Hautkrankheiten leidend 2529, blind oder taub 6988, Stotterer 963, ohne Zähne 4108, an geheimen Krankheiten leidend 5114, Kröpfe oder Strophulöse 5213, Albinos, Gelähmte, Irtsinnige 2155, an diversen Gebrechen leidend 8236.

(Tabakproduction.) Nach Aufstellung des „Daily Telegraph“ beträgt die jährliche Tabakproduction auf der ganzen Erde 432,500,000 Kilogramm (à 2 Pfund Zollgewicht) in folgender Verteilung: Asien 155,000,000, Europa 141,000,000, Amerika 124,000,000, Afrika 12,000,000, Australien 500,000.

Locales.

(Krankenunterstützungs- und Versorgungs-Verein.) Der bekannte Wohlthätigkeitssinn unserer Stadtbewohner, der sich schon bei großen Gelegenheiten in Gründung und Förderung humanitärer Anstalten manch' glänzenden Zeugnis errungen hat, scheint auch in unserer jetzigen vielbewegten Zeit, in der die Nothwendigkeit so vielseitiger Theilnahme an jeden Vaterlandsfreund herantritt, nicht stille stehen zu wollen, nachdem zu Ende des Jahres 1865 mehrere ehrenwerthe Männer unserer Stadt zusammentraten, um dem sich mehrenden Elende bei Eintritt von Krankheiten und Sterbefällen in den Familien des kleineren Gewerbes- und Arbeiterstandes eine wirksame Abhilfe gewähren zu können. — Mit der Erfüllung dieser Aufgabe betraut, trat nun der Krankenunterstützungs- und Versorgungs-Verein in Laibach mit hoher Bewilligung der k. l. Landesregierung in Krain vom 21. October 1865, Z. 2363/P. am 1ten Jänner 1866 ins Leben. Durch den Beitritt von 301 Mitgliedern im Laufe des Jahres 1866 war der Verein in der angenehmen Lage, an 23 Mitglieder mit dem Betrage von 250 fl. — bei Krankheits- und einem Todesfalle ausgiebige Hilfe bieten zu können, so daß bei der kleinen Einzahlung eines Mitgliedes mit 10 kr. per Woche im Gegenhalte einer Unterstützung im Krankheitsfalle von 2 fl. per Woche und bei Todesfalle durch eine einmalige Abfertigung von 15 fl. hinreichend dargethan ist, wie es einerseits jedem Familienvater mit geringen Opfern möglich gemacht wird, sich und die Seinen vor durch die Erwerbslosigkeit eintretender Geldverlegenheit zu bewahren, und wie andererseits der Verein durch die thätigste Unterstützung der Mitglieder in der Lage ist, seiner mildthätigen Aufgabe in bestmöglicher Weise zu entsprechen. Nach Erfüllung dieser Pflichten ist man aber bei den großen Schwierigkeiten, mit denen jeder neu gegründete Verein die ersten Jahre seines Bestehens zu kämpfen hat, noch in der glücklichen Lage, sich ein kaum erwartetes Stammcapital erworben zu haben, welches nach dem Vermögensausweise schon aus 1413 fl. 68 kr. besteht. Bleibt also dem Vereine die bisherige rege Unterstützung und Theilnahme der Mitglieder auch für die Zukunft noch gesichert, so ist die Aussicht sehr nahelegend, daß die bisherigen wöchentlichen Unterstützungen von 2 fl. nach Thunlichkeit erhöht oder auch den Mitgliedern die Zuwendung unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Verabreichung der Medicamente möglich gemacht werden kann. Nun darf aber nicht unterlassen werden, den Dank des Vereines nicht allein jenen Mitgliedern hiermit auszusprechen, welche im Krankheitsfalle keinen Gebrauch von ihrem Rechte der in Anspruchnahme einer Unterstützung von Seite des Vereines gemacht und somit als Wohlthäter desselben erscheinen, sondern auch solchen Herren, welche die Gründung desselben durch Geschenke erleichterten, und zwar den p. l. Herren Franz Köfmann, Otto Einspinger, Anton Samassa, Ludwig v. Rechfeld, Ignaz Szentinger, Martin Joanetti, Josef v. Pagliaruzzi, Wilhelm Ritter v. Fritsch, Joan Tanzel und Victor Wruß. Zu gleichem Danke ist man auch den p. l. Herren Dr. Emil Ritter v. Stöckl, Dr. Franz Jug, Dr. Adolf Giel, dem Herrn Apotheker Albert Namm, für die unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung einerseits und für die bedeutend billigere Verabreichung der Medicamente für die Mitglieder andererseits, verpflichtet, indem man sich gleichzeitig der angenehmen Hoffnung hingibt, daß man auch in Zukunft noch die genannten Herren als eifrige Förderer des Vereines hochachten zu können Gelegenheit haben wird. So ist also die Direction in die angenehme Lage versetzt, den Mitgliedern des Vereines hiermit ein getreues Bild von dem so erfolgreichen Wirken desselben schon im ersten Jahre seines Bestehens hier wiederzugeben zu haben, und kann für das künftige Gedeihen desselben nur von bester Hoffnung besetzt sein, wenn durch ein unermüdeliches Zusammenstreifen aller Kräfte dahin gewirkt wird, dem mildthätigen Berufe des Vereines einen immer größern Wirkungskreis zu verschaffen, wozu alle p. l. Herren Mitglieder und Öbner desselben hiermit böslüchst gebeten werden. (Den Ausweis siehe im Intelligenzblatt.) Die Direction. — (Zum Benefice) des Komikers Herrn Schurz wird heute die hier gern gesehene Offenbach'sche Operette „Orpheus in der Unterwelt“ gegeben.

A. G. (Felssturz.) Am 6. d. Nachts 2/12 Uhr löste sich im Steinbruche am Fuße des St. Annaberges, im Dorfe Podpet, 3 Stunden von Laibach entfernt, eine Felsenmasse von circa 108.000 Cubikfuß Kalkstein mit solcher Gewalt los, daß die Erde erbebte und der hölzerne, mit Stroh eingedekte Dreßboden des Grundbesizers Michael Strajžar von Podpet mit Felsstücken bis zur Größe von 150 Cubikfuß vollkommen bedeckt wurde. Im anstehenden gemauerten Stalle befanden sich 8 Stück Hornvieh und 2 Menschen;

doch wurde zum größten Glücke von der einstürzenden Mauer nur ein Stück Hornvieh zerschmettert, ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen. Den mit Stroh gedeckten Dachstuhl hat die Felsenmasse 9 Fuß über die Stallmauer herausgeschoben. Was der Besitzer des Steinbruches durch Aufwand namhafter Arbeitskräfte nur in mehreren Jahren erzielt hätte, das haben Naturkräfte in wenigen Augenblicken vermocht.

Neueste Post.

Der „N. Fr. Pr.“ wird berichtet, daß die am letzten Freitag vertagte Konferenz der deutsch-österreichischen Abgeordneten am künftigen Mittwoch den 13. d. beim Feiherrn v. Pratobevera stattfinden wird und daß hiezu nach auswärts bereits auf telegraphischem Wege die Einladungen ergangen sind.

Die Geschäfte des selbstständig nicht wieder aufzurichtenden Polizeiministeriums werden theils an das Ministerium des Innern, theils an die Minister-Präsidentenschaft übergehen.

Das „N. Fröbl.“ schreibt: Die kaiserliche Regierung hat Anlaß genommen, in vertraulicher Weise sich eine Erklärung über denjenigen Passus der englischen Thronrede zu erbitten, welcher auf das Vorhandensein einer bestimmt formulirten separaten Abmachung zwischen England, Frankreich und Rußland in der orientalischen Frage schließen lassen könnte. Das englische Cabinet hat diesen Passus ohne Zögern dahin erläutert, daß es lediglich die Absicht gewesen sei, die volle Uebereinstimmung der drei Schutzmächte Griechenlands bezüglich der dem Aufstande in Kandia gegenüber einzunehmenden Haltung zu constatiren, und daß im übrigen England den Wunsch und die Hoffnung hege, sich mit allen Großmächten ohne Ausnahme in derjenigen orientalischen Politik zu begegnen, welche in einer dankenswerthen Initiative des österreichischen Cabinets ihren vorläufigen und glücklichen Ausdruck gefunden. In unterrichteten Kreisen bezeichnet man die von uns gleich bei ihrem Auftauchen bezweifelte Nachricht von einem zwischen Frankreich, Rußland und Oesterreich geschlossenen Uebereinkommen in der orientalischen Frage, obwohl sich die Standpunkte der erstgenannten Regierungen wesentlich genähert haben.

Der preuß. „Staatsanzeiger“ constatirt die allseitige Genehmigung des Verfassungsentwurfes des norddeutschen Bundes und fügt hinzu, die Regierungen hätten bereitwillig einen Theil ihrer Sonderrechte auf das deutsche Gemeinwesen übertragen, welches seinen Mitgliedern die Sicherheit, dem deutschen Volke die nationale Entwicklung zu verbürgen befähigt sein werde. Die Bundesgenossen hätten Preußen die für die Bundesleitung unentbehrlichen Rechte gewährt, im Vertrauen, daß Preußens maßhaltende Politik sich auch gegenüber dem Reichstage nicht verleugnen und das nationale Werk in bundesfreundlichem Wege vollenden werde. Die Aufgabe der Regierung sei, diesem Vertrauen zu entsprechen. Erfreulich sei die Wahrnehmung, daß besonders in den Verhandlungen mit Sachsen der Geist der Veröhnung beiderseits vorgewaltet habe. Mögen die Reichstagsverhandlungen von demselben Geiste getragen werden. Die Reichstagsverhandlungen werden mit derselben Freiheit der Deffentlichkeit anheimfallen, wie die Verhandlungen im preussischen Landtage.

Telegramme.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 11. Februar. Die „Wr. Abdyt.“ adoptirt den Artikel des „Neuen Fremdenblattes“ über den legalen Reichsrath und den Artikel des „Wanderer“ über das bevorstehende Ministerverantwortlichkeitsgesetz, deren positive Angaben mit den Absichten der Regierung übereinstimmen. — Nach der „Presse“ ist die Neubildung des Ministeriums noch ganz in der Schwebe; eine Konferenz deutsch-österreichischer Abgeordneten sei auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Ministers Beust für Mittwoch einberufen, und werde das ungarische Ministerium kaum isolirt ernannt werden.

Wien, 10. Februar. „Naplo“ meldet: Graf Gedeon Raday ist gestern in Duna-Becse einstimmig wieder zum Deputirten gewählt worden. — „Hirnök“ erfährt, daß Se. Majestät den Statthaltereivizepräsidenten Bartal auf dessen Bitte am 5. d. M. seines Amtes enthoben habe.

Florenz, 9. Februar. Die Commission für den Gesekentwurf über die Freiheit der Kirche hat Crispi zu ihrem Berichterstatter mit der Weisung ernannt, den Gesekentwurf bezüglich seines politischen Theiles zu verwerfen; sie war einstimmig in der Zurückweisung des finanziellen Theiles des Entwurfes und hat mit 5 gegen 4 Stimmen den Antrag wegen Aufstellung eines Gegentwurfes verworfen.

Paris, 10. Februar. Der „Moniteur“ schreibt: Die Ein- und Durchfuhr von Hornvieh wurde wegen Ausbruchs der Kinderpest in Belgien längs der ganzen Nordgrenze von Dünkirchen bis zum Rheine verboten.

Helsingfors, 8. Februar. Der Landtag hat eine Localitätsadresse, welche den Kaiser anlässlich seiner Lebensrettung beglückwünscht, angenommen.

Constantinopel, 9. Februar. (Direct.) Das türkische Journal Medjmuwai Havandis sagt: Nicht der Decident, sondern die Türkei wird die orientalische Frage durch Emancipirung der Christen, durch Herstellung eines guten Einvernehmens mit den Muselmanen, durch Einberufung einer National-Versammlung lösen. — Die englische Thronrede erweckte hier allgemeines Vertrauen und hat die Course der Staatspapiere gehoben. — Auf der Insel Chios haben keine Unruhen stattgefunden.

New-York, 31. Jänner. Der Präsident legte sein Veto gegen die Bill ein, welche die Gebiete von Nebraska und Colorado zu Staaten erklärt. — Der juaristische (?) Befehlshaber von Mazatlan hatte den amerikanischen Consul Carman hinrichten lassen. Ein Kanonenboot der Union bombardirte Mazatlan, weil die Genugthuung verweigert wurde.

New-York, 7. Februar, Morgens. (Kabel-Telegramm.) Das Reconstructions-Comité des Repräsentantenhauses berichtete über die Bill, durch welche die Insurrections-Staaten in fünf Militärdistricte unter einem Militärgouverneur eingetheilt werden sollen.

Telegraphische Wechselcourse vom 11. Februar.

5perc. Metalliques 62.25. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 64.50. — 5perc. National Anlehen 72. — Bankactien 763. — Creditactien 192. — 1860er Staatsanlehen 90.80. — Silber 125.75. — London 127.50. — S. I. Ducaten 6.03

Geschäfts-Zeitung.

Krainburg, 11. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 64 Wagen mit Getreide, 68 Stück Schweine das Stück zu 15 bis 18 fl. und 12 Wagen mit frischem Speck.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	7	55	Butter pr. Pfund	—	38
Korn	4	80	Eier pr. Stück	—	2 1/2
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Haser	1	86	Rindfleisch pr. Pfd.	—	17
Halbfrucht	—	—	Kalbsteisch	—	24
Heiden	3	40	Schweinefleisch	—	20
Pirse	3	10	Schöpfensfleisch	—	—
Kulturart	4	6	Häbndel pr. Stück	—	25
Erbsen	1	60	Tauben	—	10
Pansen	—	—	Hen pr. Zentner	1	10
Erbsen	—	—	Stroh	—	60
Risolen	4	80	Holz, hartes, pr. Rist	—	4
Rindschmalz pr. Pfd.	—	44	— weiches, „	—	3
Schweineschmalz „	—	42	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Speck, frisch, „	—	29	— weißer „	10	50
Speck, geräuchert, Pfd.	—	40			

Angekommene Fremde.

Am 9. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Klemm, Kaufm., von Frankfurt. — Kedeschegg, Privat, von Pettau. — Tosolini, von Udine. — Rosenber, von Wien. — v. Fichtenau, von Paganitz. — Fr. Benedikter, Beamtensochter, von Graz

Elephant. Die Herren: Heller und Eger, Handelsreis., Münd., Handelsm., Winteritz, Geschäftsreis., und Baron Schweiger, von Wien. — Vogl, Geschäftsreis., von Prag. — Grünwald, Handelsm., von Schleimuz. — Kleinloffer, Handelsm., aus Tirol. — Hirsch, Gutinspector, von Zobelberg. — Rahune, Ingenieur, von St. Peter. — Zerschau, Grundbes., von Mammis. — Scheranz, Grundbes., von Laak. — Klausner, Handelsm., von Triest.

Stenwarte. Herr Pollanz, von Rudolfswerth. Kaiser von Oesterreich. Herr Alundi, Kleiderm., v. Graz.

Am 10. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Fuchs, Privat, von Prag. — Hoch, Kaufm., von Wien. — Fabiani, von Triest.

Gepant. Die Herren: Neiman, Pferdehändler, von Czaturu-Schiga, k. l. Bezirksvorsteher, von Sittich. — Zupan, Studirender, Jfs., Kaufm., und Fingermann, Handlungsreis., von Wien. — Potorni, k. l. Hauptm., von Verona. — Klaunder, Bräuer, von Radmannsdorf. — Heninger, Kaufm., von Cilli. — Steffula, k. l. Lieutenant, von Ofen.

Wilder Mann. Die Herren: Wagger s. Familie, von Cilli. — Dr. Sajz, von Görz.

Mohren. Die Herren: Aman und Ingenlauf, Bierbräuer, von Regensburg. — Steffan s. Familie, von Triest.

Lottoziehung vom 9. Februar.

Triest: 24 14 11 77 49.

Theater.

Heute Dienstag den 12. Februar: Zum Vortheile des Komikers Herrn A. Schurz: Orpheus in der Unterwelt. Operette in 4 Acten von Offenbach.

Morgen Mittwoch den 13. Februar: Das Urbild des Tartuff. Lustspiel von Gouffo.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 1000 ft. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Art und Menge des Nebels	Wahrscheinlichkeit des Regens in Wiener Minuten
11.	6 U. Mg.	329.41	— 0.6	windstill	Nebel	0.00
2	„	327.83	+ 9.0	W. 3 stark	heiter	—
10.	Ab.	327.54	+ 5.8	W. 3 stark	ganz bew.	—

Morgens starker Frost. Der Nebel verschwand nach 10 Uhr. Sonniger, warmer Tag. Ziemlich windig. Gegen Abend zunehmende Bewölkung.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann.